

Coupon

Ja, ich möchte weitere kostenlose Informationen!

Ich interessiere mich für

- Das Grundsatzprogramm der ödp
- Das Vorstellungflugblatt der ödp
- Das Thema Familie
- Das Thema Umwelt, Energie, Atom
- Das Thema Klimaschutz
- Das Thema Mobilfunk
- Die Mitgliedschaft in der ödp
- Ein Jahr kostenlose Schnuppermitgliedschaft
- Das ödp-Mitgliedermagazin ÖkologiePolitik

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Email

Telefon

Bitte senden Sie den Coupon an:

Ökologisch-Demokratische Partei – ödp
Sartoriusstr. 14 | 97072 Würzburg

Tel. 0931/40486-0 | Fax 0931/40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Claudia Joßberger
ödp-Mitglied, Würzburg



Die Ökologisch-Demokratische Partei nimmt keine Firmenspenden an. So kann sie unabhängig von Konzerninteressen Entscheidungen treffen. Ich bin seit über 10 Jahren Mitglied in der ödp, weil die ödp Politik zum Wohl der Menschen und der Umwelt macht und nicht um sich selbst zu bereichern.



Links zum Thema:

www.mehr-demokratie.de
www.transparency.de
www.lobbycontrol.de
www.vorratsdatenspeicherung.de
www.netzwerkrecherche.de

Ihre ödp vor Ort:

ödp
Ökologisch-Demokratische Partei



Demokratie

www.oedp.de

Leben mit Zukunft.

Leben mit Zukunft.

www.oedp.de

Europäische Union: Demokratiedefizit

Die Europäische Union hat zu einer großen politischen Stabilität in Europa während der vergangenen 50 Jahre beigetragen. Aber die Entscheidungs-Strukturen sind zum Teil undemokratisch.

Denn:

- ▶ Es gibt keine europäischen Volksabstimmungen bei wichtigen Sachthemen (z. B. Europäischer Reformvertrag).
- ▶ Das Parlament, als einziges gewähltes Gremium, darf keine eigenen Gesetzesvorschläge einbringen.
- ▶ Die eigentliche Macht ist in der Europäischen Kommission gebündelt. Diese ist nicht demokratisch gewählt, sondern (oft in Absprache mit der Industrielobby) von den Staaten ernannt.
- ▶ In Brüssel und Straßburg sind rund 20.000 Lobbyisten gemeldet. Diese beeinflussen die knapp 800 Parlamentarier und die 27 Kommissare.

Das ödp-Konzept

- ▶ Bei wichtigen politischen Fragen muss es Volksabstimmungen in allen Mitgliedstaaten geben.
- ▶ Das Parlament muss, wie in allen Einzelstaaten üblich, eigene Gesetze formulieren dürfen.
- ▶ Die Vertreter der Europäischen Kommission sollten von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählt werden.
- ▶ Der Einfluss der Lobbyisten muss zurückgedrängt werden.



Die ödp fordert ein Verbot von Firmenspenden an Parteien. Die Spender erwarten von den Politikern Gegenleistungen, oft gegen die Interessen des Gemeinwohls. Die ödp hat sich als einzige bundesweit agierende Partei verpflichtet, keine Firmenspenden anzunehmen.

Deutschland: Demokratie in Gefahr

Die Bundesrepublik Deutschland basiert auf vier Grundpfeilern: Bundesstaat, Sozialstaat, Rechtsstaat und Demokratie.

Aber: Nicht nur die Europäische Union, auch die Entwicklungen in Deutschland gefährden unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Denn:

- ▶ Viele Politiker sitzen in Aufsichtsräten großer Firmen. So geraten sie in finanzielle Abhängigkeit und entscheiden nicht mehr zum Wohl des Volkes.
- ▶ Parteien erhalten Firmenspenden. Die CDU bekam beispielsweise im Jahr 2005 von Daimler-Chrysler 200.000 Euro.
- ▶ Der Lobbyeinfluss der Konzerne gefährdet die Unabhängigkeit politischer Entscheidungen. In den Jahren 2005/06 wurden an die Bundesbehörden rund 80 Millionen Sponsorengelder gezahlt. Finanziert wurde so unter anderem das Sommerfest des Bundespräsidenten.
- ▶ In wichtigen Bundesministerien arbeiten gegenwärtig 56 Mitarbeiter von Lobbyverbänden und formulieren auch Gesetze mit.
- ▶ Die Folgen: Die Bürger verlieren ihr Vertrauen in die Demokratie und es kommt zur Politikverdrossenheit. So werden antidemokratische Kräfte gestärkt.

Das ödp-Konzept

- ▶ Gewählte Politiker dürfen keinem Aufsichtsrat angehören (einzige Ausnahme: Kommunalpolitiker in kommunalen Eigenbetrieben). Soweit Politiker für ihre Tätigkeit entlohnt werden, dürfen sie keinen bezahlten Nebentätigkeiten nachgehen.
- ▶ Politiker, die sich bestechen lassen, müssen bestraft werden.
- ▶ Das Parteiengesetz muss geändert werden: Keine Firmenspenden an Parteien.
- ▶ Der Verquickung von Politik und Wirtschaft muss Einhalt geboten werden: Kein Geld von Konzernen an Parlament oder Regierung.
- ▶ Lobbyisten dürfen nicht in Ministerien arbeiten.